Zum Resolutionstext ergibt sich eine längere Aussprache.

Insbesondere die Einbeziehung des Standortes Waldbröl und generell die Erwähnung des Oberbergischen Kreises sorgen für Unverständnis.

Herr Diwo und Herr Langer äußern sich in dieser Richtung. Die Formulierungen bezüglich der Zusammenlegung der Standorte Waldbröl und Eitorf, so Herr Diwo, sei nicht glücklich. Seines Wissens habe Waldbröl eine eigene Resolution verabschiedet.

Herr Langer unterstreicht diese Aussagen. Der Resolutionstext beinhalte viel Fachwissen. Aber dennoch sei hier vielleicht über das Ziel hinaus geschossen worden. Er sei bereits von Waldbröler Grünen angerufen worden. Der Presse habe man bereits Informationen über die noch gar nicht beschlossene Resolution entnehmen können,. Diese Vorgehensweise sei nicht glücklich. Herr Langer fragt, wie die Information an die Presse gelangt sei.

Bürgermeister Dr. Storch erklärt, dass der Textvorschlag in enger Abstimmung mit dem Forstamt Eitorf entstanden sei und es selbstverständlich darum gehe, den Eitorfer Standort des Forstamtes zu stärken. Wenn es darum gehe, Eitorfer Interessen zu vertreten, könne es schon einmal vorkommen, dass dies nicht auf ungeteilte Zustimmung stoße. Besser sei es, jetzt konkrete Vorschläge zu machen, als später vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Die Presse habe man nicht konkret informiert. Allerdings erhalte die Presse die Sitzungseinladungen mit den entsprechenden Unterlagen.

Herr Tendler weist darauf hin, dass das Thema aufgrund eines Antrages seiner Fraktion bereits im Sommer des vergangen Jahres im Rat erörtert wurde. Der Bürgermeister habe in dieser Sitzung einen Auftrag erhalten. Herr Tendler bittet den Bürgermeister, die bisherigen Bemühungen in der Sache darzulegen. Des weiteren verweist Herr Tendler auf die kontraproduktive Landespolitik. Es werde an falscher Stelle gespart. Man könne nicht erst Bio-Stationen fördern und Waldpatenschaften einrichten und dann die als Bindeglied eingebundenen Forstämter schließen. Außerdem sei der Bürgermeister gefordert, direkt auf der politischen Schiene aktiv zu werden.

Der Bürgermeister verweist auf mindestens ein Schreiben an den zuständigen Minister. Im übrigen habe es mehrere persönliche Gespräche mit Minister Uhlenberg gegeben. Dort sei jedes Mal erklärt worden, dass noch nichts entschieden sei und man sich in der „Findungsphase“ befinde. Die Gespräche hätten teilweise im Beisein vom Forstamt Eitorf, Herrn Schwonzen, stattgefunden. Die Argumente seien immer wieder dargelegt worden, beispielsweise bei der Einweihung der Bio-Station. So sei hierbei im besonderen auf die Synergien zwischen der Station und dem Forstamt hingewiesen worden. Persönliche Gespräche und Telefonate habe es auch auf der politischen Schiene gegeben, beispielsweise mit Landtagsabgeordneten und dem FDP-Fraktionsvorsitzenden. Nach alledem sei er der Meinung, zusätzlich auch noch einmal mit einer Resolution die Sache zu bekräftigen.

Im weiteren werden verschiedene Vorschläge zur Änderung des Resolutionsentwurfes vorgetragen. Herr Tendler ist der Meinung, den Standort Eitorf möglichst positiv herauszustellen.

Herr Müller regt an, auch andere Aufgabenfelder mit anzuführen. So habe der Waldbauernverband inzwischen seinen Sitz nach Düsseldorf verlegt. Auch das gelte es, zu

kompensieren. Teile der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten würden umstrukturiert. Auch hiervon könne man ggf. partizipieren. Auch die räumliche Nähe zur Aufgabenerfüllung sei von besonderer Bedeutung.

Herr Fürst sieht die Gefahr, dass rein wirtschaftliche Gründe im Vordergrund stehen. Er fragt den Bürgermeister, ob bereits Konzepte der Umstrukturierungen bekannt seien.

Der Bürgermeister verneint dies. Fakt sei allenfalls, dass die Anzahl der Standorte verringert werden soll.

Die Anregung von Herrn Bösking, einen überarbeiteten Resolutionstext erneut zur Beratung vorzulegen, wird von Herrn Müller nicht geteilt. Den Zeitfaktor solle man nicht unterschätzen.

Schließlich wird angeregt, die Sitzung zu unterbrechen, um in einer kurzen Sitzungspause den Text zu überarbeiten und anschließend zu beschließen. Der Vorschlag findet Zustimmung.

Bürgermeister Dr. Storch **unterbricht um 18.45 Uhr die Sitzung und ruft um 19.00 zur weiteren Beratung auf**.

Er erklärt, dass man den Resolutionstext mit fraktionsübergreifendem Einvernehmen angepasst habe.

Auf seine Frage verzichtet der Rat darauf, den Text nun noch einmal vorzutragen.
Herr Diwo regt an, künftig derartige Inhalte vielleicht etwas früher abzustimmen. Denn hier solle nicht der Eindruck einer „feindlichen Übernahme“ entstehen.

Schließlich lässt der Bürgermeister über den geänderten Text abstimmen.